



## **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**

### **10. Sitzung (öffentlich)**

20. Februar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**7**

kommt der Ausschuss auf Vorschlag des Vorsitzenden überein, die Aktuelle Viertelstunde und die Dringliche Frage erst dann zu behandeln, wenn der Minister, der in Kürze erwartet wird, anwesend ist. Im Übrigen wird die Tagesordnung wie in Einladung E 16/216 – Neudruck – angenommen.

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013) 8**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/1400

Einzelplan 02 (Kapitel 02 070 – Landesplanung)  
Einzelplan 14

Vorlagen 16/419, 16/456 und 16/537

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN Einzelplan 14 und Einzelplan 02 (Kapitel 02 070 – Landesplanung) an.

**2 Nordrhein-Westfalens Wirtschaft braucht Freiräume statt neuer Abgaben und mehr Bürokratie 12**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1277

Nach eingehender Diskussion lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/1277ab.

**Aktuelle Viertelstunde 18****Höhe der Nordrhein-Westfalen in der Förderperiode 2014 bis 2020 zur Verfügung stehenden EFRE-Fördermittel**

Auf Antrag der Fraktion der CDU

In Verbindung mit:

**Dringliche Frage**

**Hat Nordrhein-Westfalen den ihm zustehenden Anteil an den Strukturfondsmitteln in den Verhandlungen der Wirtschaftsminister – deren Ergebnis noch von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen werden muss – von 27 % auf 29 % erhöhen könne?**

Auf Antrag der Fraktion der SPD

- Bericht von Minister Garrelt Duin (MWEIMH) 18
- Diskussion 20

**3 Bergbau braucht Akzeptanz – Anforderungen an eine Akzeptanzoffensive für den Bergbau in Nordrhein-Westfalen 25**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1908

Der Ausschuss kommt überein, dass dieser Punkt im Unterausschuss „Bergbausicherheit“ behandelt werden soll. – Darüber hinaus soll zu dem Thema „Akzeptanz für den Bergbau“ der von der Landesregierung angekündigte Bericht bis zur Sitzung noch zugeleitet werden. Dies wird seitens des Ministeriums zugesagt.

**4 Landesregierung muss endlich Gesetz zur Regelung des großflächigen Einzelhandels vorlegen! 26**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1910

Der Antrag der CDU wird nach Diskussion mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Stimmen der FDP und der PIRATEN abgelehnt.

**5 Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes 30**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/45

APr 16/121  
Stellungnahmen siehe APr 16/121

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN wird der Gesetzentwurf nach eingehender Aussprache abgelehnt; ein entsprechendes Votum geht an den federführenden Umweltausschuss.

**6 Auf Bundesratsinitiative zur Erhebung einer Vermögenssteuer verzichten – Landesregierung soll weitere Steuererhöhungen unterlassen 32**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/818

APr 16/112  
Stellungnahmen siehe APr 16/112

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Antrag wird nach ausführlicher Beratung mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

**7 Rot-grüne Landesregierung darf Weihnachtsbaumtradition in Nordrhein-Westfalen nicht gefährden 37**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1621

Der Antrag wird nach kurzer Diskussion mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

<b>8</b>	<b>Breitbandausbau in Nordrhein-Westfalen</b>	<b>39</b>
	auf Antrag der CDU-Fraktion	
	Vorlage 16/650	
	– Bericht der Landesregierung	
	– Diskussion	39
<b>9</b>	<b>Situation der Trödelmärkte in Nordrhein-Westfalen</b>	<b>40</b>
	auf Antrag der CDU-Fraktion	
	Vorlage 16/649	
	– Bericht der Landesregierung	
	– Aussprache	40
<b>10</b>	<b>Prognos-Gutachten über die Wirtschaftlichkeit konventioneller Kraftwerke in Nordrhein-Westfalen</b>	<b>42</b>
	auf Antrag der CDU	
	Vorlage 16/648	
	– Bericht der Landesregierung	
	Der Ausschuss kommt überein, sich im Obleutekreis darüber zu verständigen, wann das Thema wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird.	
<b>11</b>	<b>Offenlegung von externen Gutachterberichten</b>	<b>43</b>
	Auf Antrag der Fraktion der PIRATEN	
	– Diskussion	43
<b>12</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>44</b>
	<b>Nächste Sitzung: 25. Februar 2013 (Anhörung)</b>	<b>44</b>



## 5 Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/45

APr 16/121

Stellungnahmen siehe APr 16/121

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzender Georg Fortmeier** schickt voraus, der Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP sei durch Plenarbeschluss vom 21. Juni 2012 zur Federführung an den Umweltausschuss und zur Mitberatung an den AWEIMH überwiesen worden. Nach der nachrichtlichen Beteiligung an der Anhörung des federführenden Umweltausschusses stehe heute die Abstimmung über den Gesetzentwurf an, da der federführende Umweltausschuss heute Nachmittag die abschließende Beratung und Abstimmung durchführen wolle.

**Hendrik Wüst (CDU)** weist darauf hin, dass seine Fraktion nur eine Dichtheitsprüfung bei begründetem Verdacht wünsche. Man wolle die Menschen auch in Trinkwasserschutzgebieten nicht einem Generalverdacht aussetzen. Das Thema habe wechselvolle Einlassungen aller Seiten hinter sich. Man glaube, dass eine sachgerechte Lösung dann gefunden werde, wenn eine Prüfung auf Verdacht durchgeführt werde und die Bürger nur in dem Maße belaste, wie es angemessen sei. Ein Generalverdacht sei überzogen.

**Dietmar Brockes (FDP)** schließt sich den Ausführungen des Kollegen Wüst an. Man benötige eine bürgernahe, praktikable Lösung, die nicht jeden unter Generalverdacht stelle. Das sei auch genau das, was von anderer Seite den Bürgerinnen und Bürgern versprochen worden sei. Insofern würde es ihn freuen, wenn auch die Sozialdemokraten dem Gesetzentwurf Zustimmung geben würden. Dieser Gesetzentwurf unterscheide sich gravierend von dem Entwurf der Landesregierung, weil damit für alle kleinen Hausbesitzer eine machbare Lösung an die Hand gegeben werde.

**Kai Schmalenbach (PIRATEN)** kündigt für seine Fraktion Zustimmung zu dem Gesetzentwurf an. Er möchte Herrn Wüst aber bitten, das Wort „anlasslos“ statt „Generalverdacht“ in der Öffentlichkeitsarbeit zu benutzen. Das Wort „Generalverdacht“ sei völlig falsch und überzogen.

**Frank Sundermann (SPD)** meint, CDU und FDP probierten sich an diesem Thema schon ein zweites Mal; denn während der Regierungszeit von Schwarz-Gelb habe es auch schon nicht funktioniert. Es gehe bei diesem Gesetz darum, zwischen Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit und auch dem Vorsorgeprinzip – Wasser sei ein

schützenswertes Gut – abzuwägen. Dieses geschehe in dem Gesetzentwurf nicht. Den Gesetzentwurf von SPD und Bündnis 90/Die Grünen halte man für deutlich ziel-führender. Deswegen werde man dem Gesetzentwurf von CDU und FDP nicht zu-stimmen.

**Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE)** kündigt ebenfalls Ablehnung des Gesetzentwurfs von CDU und FDP seitens ihrer Fraktion an, da er einen falschen Ansatz gewählt habe. Man sollte beim Wasserrecht nicht darauf warten, bis man zufällig einen defekten Kanal entdecke, sondern im Wasserrecht müsse man präventiv tätig werden.

Der Fehler in dem Gesetzentwurf liege darin, dass per se davon ausgegangen wer-de, dass die Kanäle dicht seien. Aber eine wesentliche Aussage aus der Anhörung sei, dass genau diese Annahme falsch sei. Sowohl durch Praktiker als auch Vertreter der Wissenschaft sei bestätigt worden, dass nämlich bis zu 80 % der untersuchten Kanäle schadhaft seien. Insofern gehe es bei dem von Rot-Grün vorgelegten Ge-setzentwurf nicht um die Dichtheit des Systems, sondern auch um Instandsetzung und Sicherheit. Deswegen sei der Gesetzentwurf von Rot-Grün der bessere, und in-sondern sei der Gesetzentwurf, der hier behandelt werde, abzulehnen.

**Rainer Spiecker (CDU)** bittet darum, doch einmal die Quellen zu nennen, aus der hervorgehe, dass 80 % der Kanäle schadhaft seien. Er höre diese Zahl heute zum ersten Mal.

**Josef Wirtz (CDU)** erinnert daran, dass es sich bei dem Thema schon um einen län-geren Prozess handele. Kollege Sundermann habe die Regierungszeit von Schwarz-Gelb angesprochen. Seinerzeit seien viele auf die Barrikaden gegangen. Es habe ei-ne ganze Reihe von Gutachten gegeben, in denen eindeutig die Aussage getroffen worden sei, dass da nichts zu befürchten sei.

Im Übrigen wäre man auch in anderen Politikbereichen gut beraten, wenn man mehr sachorientierte Entscheidungen träfe und mehr den Experten in den politischen Be-schlüssen folgen würde. Das gelte auch für den Themenbereich Dichtheitsprüfung.

Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stim-men von CDU, FDP und PIRATEN wird der Gesetzentwurf nach eingehender Aussprache abgelehnt; ein entsprechen-des Votum geht an den federführenden Umweltausschuss.